

Innenpolitik/Medien/Pensionen/Pressestimmen/Vorausmeldung

DER STANDARD - Kommentar "Die Vergreisung der Politik" von Alexandra Förderl-Schmid

Utl.: Wie die jüngere Generation von der Regierung in der Pensionsfrage betrogen wird - Ausgabe vom 23./24.10.2010

Wien (OTS) - An diesem Wochenende wird sich entscheiden, ob die große Koalition in der Lage ist, den Menschen eine Zukunftsperspektive zu bieten. Es geht nicht nur um das Budget und neue Steuern, es geht auch um das Thema Pensionen. Internationale Studien und Expertisen von Wifo und IHS weisen Österreich als Pensionisten-Eldorado aus: Österreich ist das Land mit der niedrigsten Erwerbsquote im Alter und gleichzeitig mit den geringsten Abschlägen für all jene, die früher in Pension gehen.

Daran wird sich in den nächsten Tagen nichts ändern, nimmt man die Wortmeldungen in dieser Woche als Hinweis. Eine Nulllohnrunde für Pensionisten und Beamte in diesem Herbst haben sowohl Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) als auch Vizekanzler Josef Pröll (ÖVP) nach dem Ministerrat bereits ausgeschlossen.

Gerungen wurde bisher nur um die sogenannte Hacklerregelung: Die ÖVP will eine Reform der Hacklerregelung, die 2013 auslaufen soll, die SPÖ ist dagegen. Dabei ist längst bekannt, dass dieses beliebte Schlupfloch in die Pension nicht primär von echten Hacklern genutzt wird, sondern von Angestellten und Beamten. Jeder Zweite von ihnen nimmt diese Möglichkeit für eine Flucht in den Ruhestand in Anspruch. Kein Wunder, dass Österreich Weltmeister bei den Frühpensionen ist. Dazu kommt, dass wir aber alle immer älter werden - wie diese Standard-Schwerpunktausgabe zeigt. Die Österreicherinnen und Österreicher gehen früher in Pension und leben länger. Derzeit kostet eine Pension im Schnitt 12.700 Euro pro Jahr, 27 Prozent davon berappt der Steuerzahler. Gibt es keine Reformen, steigt der Zuschuss des Bundes zu den Pensionen aufgrund der Lebenserwartung und der Geburtenentwicklung auf rund 45 Prozent im Jahr 2045. _Mit seinen Ausgaben für das Pensionssystem liegt Österreich EU-weit auf Platz drei.

Eine umfassende Reform der sozialen Sicherungssysteme ist dringend notwendig. In anderen Ländern wurde bereits reagiert: In Frankreich gibt es Proteste gegen die Anhebung des Pensionsalters; in Deutschland wurde das gesetzliche Renteneintrittsalter auf 67 Jahre erhöht; in Japan muss bis 70 gearbeitet werden, sonst gibt es nur 34 Prozent des Pensionsbeitrags, und in Schweden gibt es ein ausgeklügeltes Bonus-Malus-System, das dazu führt, dass die Schweden im Durchschnitt sechs Jahre länger als die Österreicher arbeiten und wirklich erst mit 65 in Pension gehen. Hierzulande werden Senioren, die mit 65 noch arbeiten, als Exoten betrachtet.

Es ist daher kein Wunder, dass in der vom Standard in Auftrag gegebenen Umfrage 63 Prozent sagen, alte Menschen haben es heute besonders gut, nur 42 Prozent sagen das von der Jugend. Die größten Sorgen, dass sie im Alter schlechter leben werden, machen sich Menschen im Alter zwischen 30 und 50. Es grenzt an ein Wunder, dass sich diese Bürger mittleren Alters so ruhig verhalten - zwar über die hohe Steuer- und Abgabenlast stöhnen, aber nicht aufschreien und von der Politik Reformen einfordern. Denn sie werden betrogen und im Glauben gelassen, es geht sich schon irgendwie aus. Offensichtlich haben die Chefs der Seniorenverbände mehr Macht als die gewählten Politiker, die aus Angst, eine wachsende Wählerklientel zu verprellen, nichts ändern wollen. Die überzogene Rücksicht auf die alternde Bevölkerung führt zu einer Vergreisung der Politik.

Rückfragehinweis:

Der Standard, Tel.: (01) 531 70/445

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/449/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0280 2010-10-22/19:10

221910 Okt 10

© Copyright APA OTS GmbH und der jeweilige Aussender.

Die Inhalte dienen ausschließlich zur redaktionellen Verwendung und zur individuellen Information des Nutzers. Eine unveränderte Verwendung der Texte, Bilder, Grafiken, Audios und Videos auf einer nicht durch APA OTS autorisierten Homepage ist ebenso wie eine Speicherung in Datenbanken oder eine sonstige Weitergabe an Dritte nicht gestattet. Ebenso sind Direktlinks auf Meldungsaufrufe untersagt. Für den Fall, dass Sie die Inhalte weitergeben, speichern oder gewerblich nutzen möchten, wenden Sie sich bitte an: Tel. ++43-1/36060-5300 oder an info@ots.at